

BILDET BERLIN!

INITIATIVE FÜR SCHULQUALITÄT

Faire Behandlung angestellter Lehrerinnen und Lehrer zur Sicherung der Schulqualität in Berlin!

Bildet Berlin! kritisiert die politisch gewollte Situation und Behandlung angestellter Lehrerinnen und Lehrer in Berlin:

1. Ungerechte Bezahlung: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Angestellte verdienen tariflich gesichert für die gleiche Arbeit netto ca. 13% weniger als verbeamtete Berliner Kollegen – in 40 Dienstjahren sind das über 150.000€.

2. Missachtung der Mitbestimmungsrechte angestellter Arbeitnehmer/-innen

Angestellte Lehrkräfte besitzen in Berlin prinzipiell alle Pflichten der Beamten, grundlegende Rechte angestellter Arbeitnehmer/-innen werden aber verwehrt. Sie sind damit „Beamte light“. Dieses undemokratische Vorgehen missachtet grundlegende Mitbestimmungsrechte angestellter Arbeitnehmer/-innen:

- a) Eine derzeit in Gutsherrenart vom Senat außertariflich gewährte Zulage verringert die Einkommensdifferenz zwar auf ca. 9%, ...
 - gleicht den Einkommensunterschied aber nicht einmal ansatzweise aus (es bleiben in 40 Dienstjahren eine Differenz von über 110.000€),
 - lässt keinerlei Einkommensentwicklung zu und
 - die Ankündigung, die Zulage bis Ende 2017 zu zahlen, bleibt eine bloße willkürliche Absichtserklärung.

Nach wie vor besteht kein verlässlicher Rechtsanspruch – angestellten Lehrkräften droht jährlich eine **Lohnkürzung**.

- b) Arbeitszeit und Eingruppierung in Entgeltgruppen werden vom Senat unter Missachtung grundlegender Arbeitnehmerrechte – mit Verweis auf Regelungen für Beamte – einseitig festgelegt.

Ein konkretes Beispiel ist die Absicht des Senats, die Arbeitszeitkonten (AZK) ohne Ausgleich zu streichen. Dies kommt einer **Arbeitszeiterhöhung** gleich, die ohne Mitbestimmung durchgesetzt wird.

3. Die Ungleichbehandlung Angestellter gefährdet die Ausstattung der Berliner Schule mit qualifizierten Lehrer/-innen

- a) Berlin hat bundesweit die ältesten Lehrer/-innen (55% sind über 50 Jahre alt) und damit einen besonders großen Einstellungsbedarf.
- b) In den kommenden Jahren werden jährlich Einstellungen im Umfang von bis zu 1500 vollen Stellen erforderlich sein.
- c) Derzeit wird ein nicht unerheblicher Teil des Unterrichts von ca. 700 Vertretungslehrer/-innen (PKB-Kräften) erteilt, von denen über 300 nicht einmal über das erste Staatsexamen verfügen.
- d) Ein zunehmender Teil des Unterrichts wird von Quereinsteigern ohne pädagogische Ausbildung erteilt, deren Nachqualifizierung oft erst mit Verzögerung und unter extremer Belastung der Teilnehmer/innen erfolgt.

Bildet Berlin! fordert eine faire Behandlung angestellter Lehrerinnen und Lehrer zur Sicherung der Schulqualität in Berlin:

- Es muss eine tarifrechtlich gesicherte Zulage für angestellte Lehrkräfte geben, die die Unterschiede im Einkommen zwischen Angestellten und Beamten ausgleicht!
- Fragen zur Eingruppierung und Arbeitszeit sind unter Berücksichtigung der grundlegenden Mitbestimmungsrechte angestellter Arbeitnehmer/-innen zu regeln!
- Einstellungen in den Schuldienst dürfen nur mit voller Lehrbefähigung vorgenommen werden! Die Schulen benötigen eine Ausstattung mit Lehrkräften von 110%!